

folgen sodann ideengeschichtliche Studien zur Souveränitätsfrage, zur Debatte über die Mediatisierten und zu den grundsätzlichen Auffassungen über den Rheinbund. Der Verfasser schließt mit einer Typologie von vier Positionen zur historischen Stellung des Rheinbundes: der Rheinbund als eine Fortsetzung des Heiligen Römischen Reiches, als Ergebnis des politischen Umbruchs infolge der Französischen Revolution, als Rahmen neuer einzelstaatlicher Souveränität und als ein neuer nationaldeutscher Staatenbund.

Diesen Untersuchungen über die Zeitschrift »Der Rheinische Bund« ist ein erster Abschnitt vorgeschaltet, in dem ein genereller Überblick über die drei Literaturgattungen gegeben wird, die der Verfasser unter dem Begriff Rheinlandpublizistik zusammenfaßt. Hier ist vor allem das zweite Kapitel von Interesse, in dem die staatsrechtlichen Publikationen vorgestellt werden, die um 1808 als Echo auf den Rheinbund entstanden sind. Die Aufbereitung dieser Literatur kann als eine echte Entdeckung gelten; im Rahmen des gesamten Werkes ist sie leider zu wenig entfaltet und zur Geltung gebracht. Hier erschließen sich Positionen politischen und staatsrechtlichen Denkens, die im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert ein wichtiges Verbindungsglied darstellten. Bemerkenswert ist das in diesem Zusammenhang von dem Verfasser besonders herausgestellte Ergebnis seiner Studie: daß die »nationale Aneignung« des Rheinbundes durch frühliberale Autoren eine besonders fortgeschrittene politische Position darstellte, in der die Grundsätze der Aufklärung in das 19. Jahrhundert übertragen wurden (S. 264 ff., 290 ff., speziell 298 f.). Unerfindlich bleibt nur, warum diese Position beiläufig als »Nationalismus« bezeichnet wird.

*Otto Dann, Köln*

Uwe Andrae, Die Rheinländer, die Revolution und der Krieg 1794-1798. Studie über das rheinische Erzstift Köln unter der Besetzung durch die französischen Revolutionstruppen 1794-1798 im Spiegel von Petitionen, Klartext Verlag, Essen 1994, 256 S., kart., 48 DM.

Die Bevölkerung des linksrheinischen Deutschland machte am Ende des 18. Jahrhunderts regen Gebrauch vom Petitionsrecht. Allein zwischen Oktober 1794 und Anfang 1798, also in der Zeit zwischen der Besetzung und der Einführung der französischen Verwaltungsorganisation, erhielten die Behörden in den Landen zwischen Maas und Rhein, im linksrheinischen Teil des Erzstiftes Köln einschließlich kleinerer von der Besatzungsmacht hinzugefügter Territorien, annähernd 5 100 Eingaben; sie sind im nordrhein-westfälischen Hauptstaatsarchiv geschlossen vorhanden. Fast die Hälfte von ihnen ging während des ersten Besatzungsjahres bei den Adressaten ein; der weitaus größte Teil betraf unmittelbare oder mittelbare Kriegsfolgen, und sehr viele stammten nicht von Einzelpersonen, sondern von Korporationen, namentlich von Kommunen.

In seiner Düsseldorfer Dissertation wertet Uwe Andrae diesen Quellenbestand sorgfältig aus. Er spricht zunächst allgemein über das Petitionswesen, sodann über die Themen der von ihm untersuchten Eingaben und über die geschäftliche Behandlung durch die Behörden. Im Anschluß daran stellt er die erzstiftische Verwaltung auf oberer, mittlerer und unterer Ebene vor und zeigt, daß sie nach der Besetzung zunächst weiterhin uneingeschränkt funktionstüchtig war, dann aber wegen vielerlei Eingriffen und Maßnahmen der Besatzungsmacht schnell in erhebliche Schwierigkeiten geriet, bis sich die Franzosen im Frühjahr 1797 dazu entschlossen, sie in alter Form zu restaurieren. Die weiteren Kapitel betreffen die in den Petitionen thematisierten Probleme. Da geht es um die Haltung der Beamenschaft, um die weitverbreitete Amtsmüdigkeit und deren Gründe, um Fragen der Loyalität, um das Verhältnis zur Cislethänienbewegung und

um die Lebensperspektive überhaupt, des weiteren um das Gewicht der Kriegslasten in ihren vielerlei Formen. Andrae zeigt, daß die Beamten zunächst nicht in Loyalitätsschwierigkeiten gerieten, weil der ins Rechtsrheinische geflüchtete Kurfürst ihre Weiterarbeit wünschte, daß aber sehr viele amtsmüde wurden, weil ihre Autorität abnahm, weil sich die Franzosen mancherlei Übergriffe erlaubten, weil die Besoldung nicht mehr einging und weil die Stellung als Mittler zwischen Besetzern und Bevölkerung naturgemäß schwierig war. Der Autor versucht auch eine politische Einordnung: Etwa die Hälfte der Beamten könne als konservativ eingestuft werden, und zwar auf der unteren Ebene eher als auf der oberen. Etliche verhielten sich neutral, und etwa ein Drittel der Beamten stand dem revolutionären Gedankengut wohlwollend gegenüber. Den schließlich geforderten Eid auf die Republik legten die meisten ab. Deutlich wird, in welchem Grade die herkömmliche Ordnung durch die Besetzung erschüttert wurde und wie sehr das Maß an innerer Sicherheit abnahm. Besonders eindringlich zeigt der Verfasser, wie stark Kontributionen, Requisitionen, Einquartierungen und Dienstleistungen die Bevölkerung drückten. Allein die Kontributionen waren weitaus höher als die frühere steuerliche Belastung. So zeichnet Andrae ein instruktives Bild wichtiger Aspekte der Besatzungszeit.

Es ist freilich kaum möglich, aus den Petitionen Schlüsse auf die politische Einstellung der Bevölkerung zu ziehen; dieser Versuch des Autors muß als gescheitert gelten. Die Einteilung der Eingaben nach formalen Kriterien führt nicht weit. Andrae unterscheidet drei Typen: solche mit vorrevolutionärem Sprachgebrauch, die mit neutraler Fassung und die mit revolutionärem Vokabular. Er stellt fest, daß dieser zuletzt genannte Typ zunächst am häufigsten gewählt wurde, während schließlich vorrevolutionäre Formeln wieder stärker in den Vordergrund traten. Daraus kann man natürlich nicht folgern, daß die Bevölkerung zunächst zu guten Teilen dem revolutionären Gedankengut aufgeschlossen gegenübergestanden habe und daß sich später wieder konservative Haltungen geltend machten, und man kann diesen Wandel auch nicht mit den drückenden Kriegslasten erklären. Hier spielte vielmehr Opportunismus die entscheidende Rolle. Jede Petition war erfolgsorientiert, und manchem Petenten schien es deshalb gerade in der Anfangszeit sinnvoll, das revolutionäre Vokabular zu benutzen. Daß 1797 wieder verstärkt ältere Usancen durchdrangen, hängt, worauf Andrae auch aufmerksam macht, mit der Restauration der alten Verwaltung zusammen; die Bevölkerung wertete das als Indiz für den bevorstehenden Abzug der Besatzungsmacht. Wie sehr die Kriegslasten von Anfang an drückten, zeigt die Hochflut der Petitionen in den ersten Monaten. Die außerordentlich hohen Belastungen – Andrae spricht von völliger Ausbeutung (S. 230) – schufen den Franzosen wahrlich keine Freunde; aber es spricht nichts dafür, daß die Situation konservative Gesinnungen förderte, wie andererseits ein Verzicht auf die Deckung der Besatzungsbedürfnisse aus dem Lande nicht dem Jakobinismus alle Wege geebnet hätte. Politische Grundentscheidungen werden gemeinhin auf anderer Ebene getroffen.

*Hans Fenske, Speyer*

Burghard Dedner (Hrsg.), *Das Wartburgfest und die oppositionelle Bewegung in Hessen*, Wolfram Hitzeroth Verlag, Marburg 1994, 291 S., geb., 68 DM.

Das Wartburgfest gilt als gänzlich neue »Form politischer Aktion« (Nipperdey) und erster Höhepunkt der deutschen Nationalbewegung im Vormärz. Doch trotz einer reichen Spezialliteratur ist bislang relativ wenig darüber bekannt, in welchem Ausmaß es das spätere Leben seiner Teilnehmer und deren politische Wertvorstellungen bestimmte.